

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zu der Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der PDS
– Drucksachen 14/860, 14/2622 –

Zur Entwicklung und zur Situation in Ostdeutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 und der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 erlebten und gestalteten die Menschen in den neuen Bundesländern einen beispiellosen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Umbruch. Seit 1990 wurden auf allen Gebieten Leistungen erbracht, die zuvor undenkbar waren. Bis heute wurden vor allem in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Wohnungsbau große Erfolge erzielt. Die Telekommunikationsinfrastruktur ist inzwischen eine der modernsten der Welt. Die Produktivität der Unternehmen hat sich in den Jahren bis 1998 verdoppelt. Die Investitionstätigkeit stieg stetig an, so dass 1997/1998 die Investitionssumme pro Einwohner deutlich höher als in den alten Bundesländern lag. Zugleich nahm die Zahl der Selbständigen ständig zu und auch der Mittelstand ist wieder erstarkt auf rund 510 000 mittelständische Unternehmen mit über 3,2 Millionen Arbeitnehmern. In den fünf neuen Bundesländern stieg das Bruttoinlandsprodukt von 1991 bis 1997 um über 40 Prozent auf annähernd 300 Mrd. DM. Daneben wurde die von der volkseigenen Wirtschaft hinterlassene Umweltbelastung sichtbar reduziert.

Dennoch ist der Anpassungsprozeß nicht beendet, die deutsche Einheit noch nicht vollendet. Allerdings hat der vom Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt zur „Chefsache“ erklärte Aufbau Ost im letzten Jahr deutlich an Kraft verloren. Die aktuelle Politik hat die Weichen falsch gestellt: Weniger Geld für Investitionen, für Straßenbau, Schienenwege, neue Technologien, Forschung und Technik sowie Hochschulbau. Im Jahr 2000 drohen die Wachstumsraten der Wirtschaft im Osten wie schon 1999 hinter den Erwartungen im Westen zurückzubleiben. Es fehlen die notwendigen Zeichen, um günstigere Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Das Ziel muss es aber bleiben, in den neuen Ländern einen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf, die Situation in den neuen Bundesländern nachhaltig zu verbessern, indem sie

1. bessere Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze schafft, die Situation der privaten Wirtschaft in den neuen Ländern verbessert und dadurch das Entstehen von zukunftsfähigen und damit sicheren Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt ermöglicht,
2. wirkungsvolle Wirtschaftsförderung betreibt und die wichtigsten Investitionsförderinstrumente wieder stärkt, anstatt sie fortlaufend zu reduzieren,
3. Wege für die Zukunft baut; der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muss an erster Stelle stehen, neben die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, den Wiederaufbau des Basisverkehrsnetzes in den neuen Ländern, muss der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Fläche treten,
4. Bauen für die Menschen zu einer Richtschnur ihres Handelns macht, hier muss aufgrund der unzureichenden Vermögenslage in den neuen Ländern insbesondere die Wohneigentumsbildung gefördert werden, gleichzeitig bleiben die Schaffung lebenswerter Innenstädte und die Beibehaltung der Städtebauförderung auf hohem Niveau wichtige Aufgaben,
5. eine Innovationsoffensive Ost vorantreibt und dabei vor allem die Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen auch in Zukunft ungeschmälert fortsetzt, um innovative kleine und mittlere Unternehmen weiter voranzubringen,
6. die Entwicklung des ländlichen Raumes mit agrarstruktureller Förderung weiter voranbringt und immer neue Belastungen der Landwirtschaft, wie sie Agenda 2000, Ökosteuer, Reduzierungen der Gasölbeihilfe und in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung bereits heute mit einer Größenordnung von 5 Mrd. DM verursachen und zu empfindlichen Wettbewerbsbeeinträchtigungen führen, künftig vermeidet,
7. eine Steuerreform vorantreibt, die den neuen Bundesländern bei der weiteren Entwicklung hilft und den Bürgern und Unternehmen nicht zusätzliche Belastungen auferlegt, indem beim jetzigen Entwicklungsstand in den neuen Ländern Steuersenkungen vor allem dem Westen zugute kommen, auf der anderen Seite aber die sogenannten Ökosteuern sich in den neuen Ländern überproportional negativ auswirken.

Berlin, den 15. März 2000

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion